Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint **täglich**, **Vormittags 11 Uhr**, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal **25 Silbergroschen**, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie **1 Thlr. 1¼ sgr.**

Expedition: **Krautmarkt № 1053.**

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 284. Mittwoch, den 5. Dezember 1849.

Berlin, vom 5. Dezember.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Hauptmann Werner der 8ten Artillerie-Brigade, dem Seconde-Lieutenant Strubberg des 30sten Infanterie-Regiments und dem Bataillons-Arzt Dr. Hammer des 3ten Bataillons (Aschersleben) 27sten Landwehr-Regiments den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern; dem praktischen Arzt Dr. Bruno Claus zu Bonn den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Unteroffizier Herrmann Lorke des 12ten Infanterie-Regiments, so wie dem Schullehrer und Küster Dreßler zu Seeburg im Regierungs-Bezirk Merseburg, das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen dem Eigenthümer Lorenz Juskowiak zu Parzenczewo, Kreis Pleschen, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Auf den Bericht vom 8. November d. J. genehmige Ich die Errichtung einer Handelskammer für die Stadt und den Kreis Görlitz im Regierungsbezirk Liegnitz. Die Handelskammer nimmt ihren Sitz in der Stadt Görlitz. Sie soll aus sieben Mitgliedern bestehen, für welche drei Stellvertreter gewählt werden. Von den Mitgliedern müssen wenigstens zwei und von den Stellvertretern muß wenigstens einer dem Landkreise einschließlich der Stadt Reichenbach angehören. Zur Theilnahme an der Wahl der Mitglieder und Stellvertreter sind sämmtliche Handel- und Gewerbtreibende des görlitzer Kreises berechtigt, welche in der Steuerkasse der Kaufleute mit kaufmännischen Rechten Gewerbesteuer entrichten. Im Uebrigen finden die Vorschriften der Verordnung vom 11. Februar v. J. über die Errichtung von Handelskammern Anwendung.

Dieser Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Sanssouci, den 19. November 1849.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**
(gegengez.) von der Heydt.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Deutschland.

Berlin, 3. Dezember. (79ste Sitzung der Ersten Kammer.) Auf der Tagesordnung ist die Berathung der Gemeinde-Ordnung. Der Bericht wird von dem Abg. Pinder, Berichterstatter, verlesen. Ein Verbesserungs-Vorschlag des Abg. v. Manteuffel wird unterstützt. Derselbe lautet:

Die Kammer wolle bei der allgemeinen Debatte über den Entwurf der Gemeinde-Ordnung, unbeschadet der eventuellen Berathung dieses Entwurfs, beschließen: 1) daß es überall da, wo eine Gemeinde-Ordnung bereits als besonderes Gesetz besteht (Städte-Ordnung vom 19. November 1808, revidirte Städte-Ordnung vom 17. März 1831, Gemeinde-Ordnung vom 23. Juli 1845, Herzoglich Warschausche Verfassung, Landgemeinde-Ordnung vom 31. Oktober 1841), hierbei auch ferner zu belassen; 2) daß in den Städten, welche ausnahmsweise noch nicht nach einem der ad. 1. gedachten Gesetze verwaltet werden, die Städte-Ordnung vom 19. November 1808 einzuführen sei; 3) daß dagegen für die Landgemeinden derjenigen Provinzen, in welchen eine Gemeindeordnung bezüglich des platten Landes zur Zeit noch nicht besteht, eine solche abgesondert aufzustellen und den Kammern baldigst zur Berathung vorzulegen sei; 4) daß die Polizei-Verwaltung auf dem platten Lande bis zum Erscheinen der ad 3. gedachten Gemeindeordnung interimistisch, und so weit es erforderlich, auf Staatskosten zu ordnen sei.

Ein Verbesserungsantrag des Abg. v. Hertefeld findet ebenfalls Unterstützung. Er lautet:

Die Kammer wolle beschließen: daß, nachdem über die einzelnen Paragraphen und Titel, sowohl der Gemeinde- als der Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung verhandelt und abgestimmt ist, über die Annahme oder Verwerfung eines jeden der beiden Gesetze in seiner Gesammtheit Beschluß gefaßt werde.

Minister des Innern. Ich habe zunächst der Commission meinen Dank für ihre sorgfältige Bearbeitung des Gegenstandes zu machen; ich erkenne ihre Vorschläge in den meisten Fällen für Verbesserungen an. Der Erlaß des Gesetzes ist zunächst bedingt durch den Art. 104 der Verfassung. Auf die Gemeindeordnung basiren sich viele andere Einrichtungen, ich nenne nur die Schulordnung. Durch die Gemeinde- und die Bezirksvertreter sollen die Abgeordneten für die erste und zweite Kammer gewählt werden. Was die Städte betrifft, so sind fünf erheblich von einander abweichende Gemeinde-Ordnungen vorhanden. Eine wesentliche Verschiedenheit ist unter ihnen nicht zu erkennen, sie genügen im Allgemeinen den Bedürfnissen. Bei den Landgemeinden ist die Frage, ob ein Bedürfniß nach einer gleichmäßigen Ordnung ihrer Verhältnisse nothwendig ist. Der bisher bestehende Gemeindeverband ist an vielen Stellen gelockert, besonders durch die Regulirungen und die Gewerbefreiheit, neuerdings durch die Aufhebung der Patrimonialgerichte. Die Staatsregierung hat dem Zersetzungsprozesse zu lange ruhig zugesehen; sie kann dieses hinfort nicht mehr... Meine Herren! es ist richtig und ich erkenne es an, es geht durch unsere Zeit die Krankheit des Zerstörens, aber das geübte Auge erkennt die Krankheit nicht nur bei den eigentlichen Zerstörern, sondern auch bei denen, die bloß Alles erhalten wollen (Bravo); nicht nur wer den Grund untergräbt, zerstört, sondern auch wer auf schlechtem Grunde zu viel bauen will. (Bravo). Was die beiden Amendements anbetrifft, so kann ich mich ihnen nicht widersetzen.

Abg. v. Manteuffel (begründet den von ihm gestellten Verbesserungs-Antrag.) Die jetzt bestehenden Gemeinde-Ordnungen entsprechen im Allgemeinen auch nach Eintritt in die konstitutionelle Regierungsform ihrem Zweck; eine Aenderung in der seit Jahren gewohnten Verwaltungsweise ist daher nicht allein unnöthig, sondern höchst bedenklich. Ich bin gegen den Census und es hat nur in den mangelhaften Zuständen oder in den mangelhaften Gesetzen seinen Grund, daß er zur Zeit noch nicht entbehrt werden kann. In den Städten ist es noch eher möglich, die Wahlen auf dem Census zu basiren; auf dem platten Lande würde man mit dem Census gegen alles Hergebrachte verstoßen. Die Gesetzgebung darf eben so wenig den wirklichen Verhältnissen vorauseilen, als hinter ihnen zurückbleiben. Aus der ohne Bedürfniß eingeführten Gewerbefreiheit sind zum Theil die Zustände der Neuzeit hervorgegangen. Hüten wir uns, durch Einführung der Gemeinde-Ordnung auf dem platten Lande Bewegungen hervorzurufen, die nicht Folge der wahren Freiheit, sondern des Ueberflusses sind.

Abg. v. Schleinitz erklärt sich für eine im ganzen Lande geltende Gemeinde-Ordnung und gegen den Vorschlag des Abgeordneten v. Manteuffel und Abg. v. Stahl empfiehlt denselben.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Berlin, 3. Dezember. (67. Sitzung der Zweiten Kammer.) Es wird zur Tagesordnung, der Berichterstattung der Kommission für die deutsche Verfassungs-Angelegenheit über die dritte Vorlage der Königlichen Regierung übergegangen. Zu dem Berichte ist folgender Abänderungsvorschlag eingegangen.

An die Stelle des Schlußantrags Seite 18 und 19 folgende Erklärung zu setzen: Mit Befriedigung hat die Kammer aus den ihr vorgelegten Aktenstücken ersehen, daß die Staatsregierung durch Abschluß des Vertrages vom 30. September d. J. die vorläufige Regelung der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten in einer der Stellung und Würde Preußens entsprechenden Weise angebahnt und dadurch bekundet hat, wie sie bei ihren Bestrebungen zur Gründung eines deutschen Bundesstaates auch diejenigen Anordnungen nicht versäumen wolle, welche geeignet sind, das ganz Deutschland einschließende Band wieder zu befestigen. Wenn die kraft dieses Vertrages zu errichtende Bundes-Kommission eine Wirksamkeit ausüben möchte, welche, sei es durch legislative Anordnungen, sei es durch andere, als die zur Erhaltung des Bundeseigenthums erforderlichen, oder bereits vertragsmäßig feststehenden finanziellen Belastungen, die inneren Verhältnisse des preußischen Staates berührte, so würde der Vertrag vom 30. September d. J. nach Art. 46 und 60 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 zu seiner Gültigkeit der Zustimmung der Kammern bedürfen. Die Staats-Regierung hat diese Zustimmung der Kammern nicht beantragt, und dadurch deutlich an den Tag gelegt, daß es nicht in ihre Absicht liege, der gedachten Kommission eine Wirksamkeit der bezeichneten Art zuzugestehen, dagegen hat die Staats-Regierung sowohl bei, als nach Abschluß des Vertrages vom 30. September d. J. die ausdrückliche und feierliche Erklärung abgegeben: „daß Preußen unwandelbar auf der Bildung des engeren Bundesstaates verharren, und dessen Rechte gegen jede unberechtigte Einmischung, sie komme von welcher Seite sie wolle, mit allem Nachdruck vertheidigen werde.“ Diese mit den Ansichten der Kammer völlig übereinstimmende Erklärung, so wie die inmittelst erfolgte Ausschreibung der Reichstagswahlen begründen die Zuversicht, Preußen schreite unbeirrt auf dem am 26. Mai d. J. zur Einigung Deutschlands betretenen Wege fort, welchem die Kammer am 7. September d. J. ihre volle Zustimmung ertheilt hat und hierdurch abermals ertheilt. Aus diesen Gründen geht die Kammer im Vertrauen, daß die Staatsregierung ihre Theilnahme an der provisorischen Bundes-Kommission in dem Sinne, welchen sie in den Erlassen vom 19. September und 10. Oktober an den Tag gelegt hat, ausüben und jede andere, die Bildung des engeren Bundesstaates gefährdende Auffassung des Interim fern halten wird, und mit der Absicht, der Regierung ihre volle Unterstützung zu gewähren und in Erwägung, daß ein An-

trag der Regierung auf eine zu fassende Entschließung nicht vorliegt, zur Tagesordnung über.

Abg. Beckerath als Berichterstatter verliest die Schluß-Anträge des betreffenden Kommissions-Berichtes.

Sie lauten: „Die Kammer hat aus den ihr mitgetheilten Aktenstücken ersehen, daß die Staatsregierung dem von mehreren Seiten sich geltend machenden Bedürfnisse einer interimistischen Regelung gemeinsamer Angelegenheiten der deutschen Staaten durch Abschluß des Vertrages vom 30. September d. J. Anerkennung gewähren zu müssen geglaubt hat.

Wenn die kraft dieses Vertrages zu errichtende Bundes-Kommission eine Wirksamkeit ausüben mochte, welche — sei es durch legislative Anordnungen, sei es durch andere, als die zur Erhaltung des Bundeseigenthums erforderlichen, oder bereits vertragsmäßig feststehenden finanziellen Belastungen — die innern Verhältnisse des preußischen Staats berührte: so würde der Vertrag vom 30. September d. J. nach Artikel 46 und 60 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 zu seiner Gültigkeit der Zustimmung der Kammern bedürfen.

Die Staats-Regierung hat diese Zustimmung der Kammern nicht beantragt, und dadurch deutlich an den Tag gelegt, daß es nicht in ihrer Absicht liege, der gedachten Kommission eine Wirksamkeit der bezeichneten Art zuzugestehen. In Hinsicht auf den Deutschen Bundesstaat hat die Staats-Regierung dagegen, sowohl bei, als nach Abschluß des Vertrages vom 30sten September d. J. die ausdrückliche und feierliche Erklärung abgegeben:

„daß Preußen unwandelbar auf der Bildung des engeren Bundes verharren, und dessen Rechte gegen jede unberechtigte Einmischung, sie komme von welcher Seite sie wolle, mit allem Nachdruck vertheidigen werde."

Die Kammer hat diese Erklärung mit Befriedigung vernommen und vertraut, daß die Staats-Regierung diese Zusicherung vollständig zu wahren und namentlich zu diesem Behuf eine Auslegung des gedachten Vertrages ferne zu halten wissen werde, nach welcher die preußische Regierung durch dessen Abschluß das Fortbestehen der Bundesverfassung und Bundesgesetzgebung in weiterem Umfange anerkannt hätte, als durch ihre am 17. Oktober im Verwaltungsrathe abgegebene Erklärung geschehen ist. Die Kammer darf demgemäß erwarten, daß den getroffenen Einleitungen zum Zusammentreten des Reichstags unverrückt Fortgang gegeben, und durch unverweilte Einberufung desselben die Zuversicht des deutschen Volkes aufrecht erhalten werde, Preußen schreite unbeirrt auf dem am 26. Mai d. J. zur Einigung Deutschlands betretenen Wege fort, welchem die Kammer schon am 7. September ihre volle Zustimmung ertheilt hat, und hierdurch abermals ertheilt. Aus diesen Gründen enthält sich die Kammer, indem sie die ihr nach Art. 42, 46 und 60 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 zustehenden Rechte in Betreff des Vertrags vom 30. September d. J. ausdrücklich vorbehält, zur Zeit einer weitern Erklärung über den gedachten Vertrag."

Abg. Graf Arnim: Ich gehöre zu der Minorität der Kommission, welche weder dem Antrage noch den Motiven der Kommission zustimmen kann. Erlauben Sie mir daher den Standpunkt dieser Minorität auseinander zu setzen. Das Bedürfniß des Staatenbundes, dessen Organ der Bundestag war, ward durch diesen nicht befriedigt. Daß dieses Bedürfniß durch eine größere Konzentration, durch gleichartigere Gesetze zu befriedigen sei, wurde von mir und vielen Patrioten schon vor 1848 erkannt. Preußen suchte demselben entgegenzukommen, es war vergebens. Es kamen die Tage des Sturmes und Preußen erließ die Proklamation vom 21. April. Das Ergebniß war, daß Preußen seine nichtdeutschen Provinzen in den Bund eintreten ließ. Ohne Antheil an dieser Proklamation kann ich die Frage völlig unentschieden lassen, ob jener Entschluß ein für Preußen heilsamer war. Aber, wie wir auch verschieden darüber urtheilen mögen, darin stimmen wir Alle überein, daß dieser Entschluß ein hochherziger war, daß er besteht vor dem Recht und der Ehre! Diese beiden Ecksteine galt es unverrückt im Auge zu behalten: davon hing es ab, ob Deutschlands Geschicke sich auf dem Wege des Friedens und der Reform, oder auf dem Wege des Unfriedens und der Revolution entwickeln sollten. Betrachten wir die Stellung der Parteien dieser Entwickelung gegenüber. Es sind deren vier. Die eine achtete weder die Ehre noch das Recht, ihr Gott und ihr Ziel war ihre eigene Macht. Ob sie durch Meuchelmord oder Aufruhr wirkte, ob sie auf Preußens Trümmern vorschritt oder nicht, war ihr gleich. Sie hat sich selbst gerichtet, und nie wird sie hoffentlich wieder in diesem Saale eine Stelle finden. Eine zweite edlere Partei wollte Deutschlands Ehre und Größe allerdings, aber, ich muß es aussprechen, auf den Trümmern von Preußens Ehre und Recht. Glücklicherweise ist sie nicht zahlreich in Preußen. Eine dritte Partei wollte auch die Ehre und Größe Deutschlands, aber durch Preußens Größe und Macht. Aber auch diese fragte nicht immer, ob sie nicht das Recht verletzte. Es gab Momente, wo bei ihr das Recht und die Pflichten den Regierungen gegenüber weichen mußten vor dem, was sie erstrebte. Ich bekenne mich zu der vierten Partei, welche die Ehre und das Recht will, wo es sich findet. Diese Partei will Preußens Größe, aber nicht auf Kosten von Preußens Ehre. Ich will nicht weiter auf das Verhalten dieser Parteien den Ereignissen gegenüber eingehen, wenden wir uns zur Gegenwart. Preußen will seit dem März v. J. den deutschen Bundesstaat, es muß ihn verfolgen, soweit es mit Mitteln des Rechts und der Ehre möglich ist. Es muß diesen Entschluß durchführen, so lange sich Glieder finden, welche daran Theil nehmen, so undankbar die Aufgabe auch sein mag. Dies ist das Leitende unseres Beschlusses in Bezug auf den Bundesstaat. Betrachten wir nun aus diesem Gesichtspunkte das Interim. Die Lage Deutschlands war bisher so, daß die Glieder da waren, aber nicht der Körper. Das Bedürfniß nach Einigung war vorhanden, das Interim hat versucht, dasselbe zu befriedigen. Es ist ein erfreuliches Ereigniß, daß die beiden größten deutschen Staaten sich die Hand gereicht haben zur Einigung Deutschlands. Es gilt aber auch hier Preußens Ehre und Recht zu wahren. Welches ist Preußens Stellung zu diesem Vertrage? Die Majorität der Kommission ist mit Mühe, ja, ich glaube, nur scheinbar zu Stande gekommen. Aber darin ist die Kommission einig gewesen, daß eine vollkommene Parität zwischen Preußen und Oesterreich aufrecht zu erhalten ist. Wenn dies die Ehre Preußens erfordert, so lassen Sie mich ausführen, was noch bezweifelt wird, daß auch hier Preußen das Recht auf seiner Seite habe. Die Bundesversammlung ist mit Zustimmung aller deutschen Regierungen aufgehoben worden, Oesterreich blieb nicht zurück in dieser Zustimmung, ich erinnere daran, daß der österreichische Bevollmächtigte vor dem Funfziger-Ausschusse erklärte, die Verfassung Deutschlands gehe fortan in die Hände der National-Versammlung über. Der Bundestag ist also vollkommen rechtlich aufgehoben. Die National-Versammlung verschwand ebenfalls von dem Schauplatze. So blieb etwas rein Negatives in Bezug auf die Regierung Deutschlands. Wie war nun etwas Neues zu gründen? Wir müssen zuerst anerkennen, daß eine wesentliche Verschiedenheit zwischen Preußen und Oesterreich obwalte. Während Preußen alle seine Provinzen in den Bund hat eintreten lassen und eine ganz deutsche Macht geworden ist, hat sich Oesterreich durch die einige Verfassung aller seiner Staaten mehr und mehr von diesem Ziele entfernt. Ich könnte mir ein Deutschland denken, auch wenn in seinem Südosten 10 Millionen ausschieden, aber ein Deutschland ohne Preußen nicht. Wir verlangen aber dennoch keinen Vorzug, sondern lediglich Gleichberechtigung. Wir hoffen, daß die Regierung diese in dem neuen Organe Preußen in vollkommenem Maße wahren werde. Niemand von meiner Partei hat je gewollt, daß die Krone Habsburgs sich vor der Krone der Hohenzollern beugen solle, aber wir wollen auch auf keine Weise, daß die Krone Hohenzollerns sich vor irgend einer andern beuge. (Bravo.) Dem Kommissions-Antrage kann ich nicht bestimmen, weil er der Regierung nicht das Zutrauen ausspricht, welches die Politik derselben erfordert. Nach meiner Ueberzeugung hat die Regierung Alles gewahrt, was zu wahren war, das ist die Gleichberechtigung Preußens. Unterstützen wir die Regierung, wo sie unter dem Banner der Ehre gewandelt hat, das wird das unfehlbarste Zeichen sein, unter dem sich Preußens Söhne schaaren werden. (Bravo rechts.)

Nachdem noch mehrere Redner für und gegen den Kommissionsantrag und die dazu gestellten Amendements gesprochen, wird die Diskussion geschlossen.

Der Berichterstatter: Es sind Angriffe nicht allein gegen den Antrag, sondern gegen die Motive gerichtet worden. Dem geehrten Redner vor mir hat zunächst das Alinea 1 des Antrages zu trocken geschienen, ich glaube aber, daß es sich in der Politik nicht um blühende Worte oder Gefühle handle. Warum die Kommission dieses Alinea aufgenommen, liegt in dem gewichtigen Grunde, daß eine große Mannigfaltigkeit der Anträge vorhanden war, welche nach langem Kampfe in diesem Alinea ihre Einigung fanden. Der Abgeordnete für Prenzlau hat gesagt, daß die Majorität in der Kommission eine scheinbare gewesen sei.

Der Redner geht sodann auf den Vorwurf ein, es enthalte der Antrag ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium. Wer dem Ministerium ein Mißtrauensvotum geben will, der wird es mit offener Stirn thun. Wenn man den 18 Männern der Commission ein verstecktes Mißtrauensvotum zuschiebt, so ist dies eine Beschuldigung, die ich aufs Ernsteste zurückweise. (Bravo.)

Nachdem sich der Redner gegen die obigen Gegner der Commission gewandt, erläutert er umfassend und scharf die Anträge derselben und macht besonders darauf aufmerksam, daß die Kammer eine Staatsgewalt sei, mit verfassungsmäßigen Rechten. Die Commission habe sich auf den Boden dieser Verfassung gestellt und erklärt, daß es das Recht, ja daß es die Pflicht der Kammer sei, ihre Rechte in dem Interim im Auge zu behalten. Der Commissions-Antrag — schließt er — ist der Boden, auf dem sich alle Parteien die Hände reichen können. Es giebt in den Kammern keine Feinde des Bundesstaats. Aber die eine Partei hält den Bundesstaat für das wichtigste in erster Linie, die andere aber hält den Staatenbund für das erste. In dem Sinne der Freundschaft zum Staatenbunde ist das vorliegende Amendement abgefaßt. Ich glaube aber, die große Majorität Preußens ist für den — Bundesstaat. In dem Commissions-Antrag ist Nichts gegen den Bundesstaat. Ein jeder Patriot, jeder Preuße kann für ihn stimmen; ich empfehle Ihnen daher denselben nochmals, als den gemeinsamen Banner. (Bravo!)

Der Präsident: Ich glaube meine Befugnisse nicht zu überschreiten, wenn ich vor der Abstimmung die erfreuliche Thatsache konstatire, daß die Kammer einig sei in der Ansicht, daß dem Vertrage vom 30sten September eine Auslegung nicht gegeben werden möge, welche den Artikeln 40 und 60 der Verfassung präjudicirlich sein könnte, und zweitens, daß Preußen beharrlich auf dem Wege zum engeren Bundesstaate beharren werde, und ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß diese Uebereinstimmung die Hauptsache, die Meinungsverschiedenheit das Unwesentliche ist. (Bravo.)

Es erfolgt nun die Abstimmung, und zwar zuerst die namentliche über den Aenderungs-Antrag des Abg. Boltz und Genossen, der mit 150 gegen 135 Stimmen verworfen wird.

Ein noch nicht gedrucktes Amendement des Abg. Hoffmann und Genossen wird darauf mit 176 gegen 106 Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung 4¾ Uhr.

Berlin, 4. Dezember. Mehrere Bewohner der großen Frankfurter- und Waßmanns-Straße und unter den Frankfurter Linden, wollten gestern Abend ihre Fenster erleuchten. Die Schutzmannschaften suchten dies zu verhindern, wobei es mehrfach zu Konflikten kam. Es mußte von den Waffen Gebrauch gemacht und später sogar Militair herangezogen werden.

— Herr Waldeck hat, wie wir hören, heute früh eine Reise zu einem befreundeten Gutsbesitzer angetreten, um sich auf dem Lande zu erholen und zu gleicher Zeit den ihm zugedachten Ehrenbezeigungen aus dem Wege zu gehen.

— Der Postsekretair a. D. H. Goedsche erläßt in der Deutschen Reform folgende Erklärung: „Der Herr Staatsanwalt hat in der gestrigen Verhandlung des Ohm-Waldeckschen Prozesses erklärt, daß die Staatsanwaltschaft wegen des Angeklagten Ohm und seiner Complicen einen fernerweiten Antrag bei dem Gerichtshof formiren werde. Ich weiß zwar nicht, was die Staatsanwaltschaft unter dem Ausdruck „Complicen" versteht, sollte sich dies aber, wie der Herr Vertheidiger und die demokratische Presse zu behaupten die Dreistigkeit haben, auf meine Person beziehen, so erkläre ich hiermit, daß ich in Beziehung auf meine Betheiligung bei irgend einer Anschuldigung der strengsten Untersuchung nicht nur mit Ruhe entgegensehe, sondern dieselbe ausdrücklich fordere.

— Der berühmte Kanzelredner Dräseke ist am 25. November zu Potsdam, wo er von allen Berufsgeschäften zurückgezogen, nur seiner Familie und den Wissenschaften lebte, ruhig entschlafen.

Berlin, 4. Dezember. Der heutige Staatsanzeiger bringt eine Erklärung auf den Artikel der Vossischen Zeitung vom 2. d. M. über das Verfahren des Handels-Ministeriums gegen die Niederschlesisch-Märkische

Eisenbahn-Gesellschaft. In derselben wird hervorgehoben, daß das Ministerium sich ausdrücklich vorbehalten habe, für den Fall, daß der Staatszuschuß zu den Zinsen mehr als 1 pCt. des Aktien-Capitals betrage, die Bahnverwaltung vom 1. Januar 1850 an zu übernehmen. Das Ministerium habe aus Rücksichten der Billigkeit die Zusicherung ertheilt, daß, wenn die Mehrkosten der Nachtzüge den Zuschuß des Staats über ein Prozent steigern sollten, aus diesem Nachlaß in den ersten 3 Betriebsjahren die Verwaltung der Gesellschaft nicht genommen werden solle. Die Direktion habe die Mehrkosten der Nachtzüge auf ca. 76,000 Thlr. angegeben. Jetzt mache sie geltend, daß die Gesammtkosten der Nachtzüge mit 279,000 Thlr. zur Compensation gebracht werden sollten. Die Gutrechnung dieser Kosten habe der Staat niemals in Aussicht gestellt.

Königsberg, 30. November. Der hiesige Magistrat hat der Polizei die Bürgerwehr zur Disposition gestellt, im Falle es einer bewaffneten Macht zur Aufrechthaltung der Ordnung an den Schwurgerichtstagen bedürfe; die Polizeibehörde hat natürlich dies Anerbieten abgelehnt. (D.Ref.)

Dessau, 1. Dezember. In Zerbst ist den neugewählten Abgeordneten Wiegand, Mann und Pannier ein eigenthümlicher Fackelzug gebracht worden. Die Mitglieder desselben hatten sich mittelalterlich kostümirt und trugen rothe Abzeichen. Als sie die Fackeln verbrannten, sangen sie: Ein freies Leben führen wir 2c. Die Abgeordneten sollen davon sehr unangenehm betroffen worden sein.

Stuttgart, 1. Dezember. Heute fand die Eröffnung des verfassungsberathenden Landtages statt.

Der Präsident der letzten Kammer, Murschel, bezeichnete die Deputation, welche die Minister zu empfangen hatte, und nach 11 Uhr traten die Herren Minister von Schlayer, von Herdegen, von Wächter-Spittler, von Baur und Hänlein in den Saal. Der Kanzlei-Direktor im Ministerium des Innern, Leypold, verlas, nachdem sich die Abgeordneten erhoben hatten, die Königliche Verordnung über Eröffnung des Landtags durch den Minister des Innern, sowie den Eid nach §. 22. des Gesetzes vom 1. Juli und der Königlichen Verordnung vom 12. November über dessen Abänderung; hierauf antworteten sämmtliche Abgeordnete zugleich mit den Worten: Ich schwöre. Nun wurden die Abgeordneten nach der alphabetischen Ordnung ihrer Bezirke aufgerufen, traten vor und wurden durch Handschlag des Ministers v. Schlayer beeidigt. Sofort verlas der Minister die Eröffnungsrede. Sie lautet:

„Hochzuverehrende Herren! Seine Majestät der König haben mir den ehrenvollen Auftrag zu ertheilen geruht, die gegenwärtige Versammlung der Volksvertreter in Höchstihrem Namen zu eröffnen. Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen noch nicht Glück wünschen zu einer definitiven Ordnung der deutschen Verfassungs-Angelegenheit, wie sie dem Wunsche des deutschen Volkes nach nationaler Einigung entspräche. Ebenso wenig gestattet die Wahrheit, den Zustand unseres Landes einen befriedigenden zu nennen. Wohl ist — unter dem Beistand der göttlichen Vorsehung — der drohende Sturm offener Empörung von dem Lande abgewendet und Würtemberg vor großem Elend und noch größerer Schmach bewahrt worden. Aber verbergen können und dürfen wir uns nicht, daß in dieser Zeit der Aufregung und Parteiung der Geist der Irreligiosität und Sittenverderbniß tiefe Wurzeln getrieben, daß das Ansehen der Gesetze sehr gelitten hat, daß die Begriffe von Recht und Ehre vielfach in Verwirrung gekommen sind, daß der allgemeine Kredit zum fühlbaren Nachtheil von Gewerbe und Handel gesunken, und daß überhaupt das Land in eine auch für seine materiellen Interessen sehr nachtheilige Lage gerathen ist. Besonders stellt sich dieses in dem Zustande unserer Finanzen heraus, da die ordentlichen Staats-Einnahmen zu Deckung der ordentlichen Staats-Ausgaben um einige Millionen unzureichend geworden sind. Die Regierung wird Ihnen darüber, sobald die dafür getroffenen Vorbereitungen vollendet sein werden, die nöthigen Vorlagen machen. Zunächst werden die Verbesserungen an dem Gebäude der Staats-Verfassung Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen. Die Klugheit macht es räthlich, sich hier auf das Nothwendige, auf das klar erkannte Bedürfniß zu beschränken, wenn man nicht Gefahr laufen will, bei der Durchführung der einzelnen Abänderungen mit den Hülfsmitteln des Landes, mit den Sitten und Gewohnheiten, den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes in Zwiespalt zu gerathen. Als vorzugsweise dringend betrachtet die Regierung in Vollziehung der Grundrechte des deutschen Volkes eine neue Gründung der Landes-Vertretung, des wichtigsten Theils einer jeden Repräsentativ-Verfassung. Auch noch andere wichtige Bestimmungen der Verfassung werden einer Revision unterstellt werden. Seine Majestät der König haben bei dem Antritte Ihrer Regierung Ihre erste Sorge sein lassen, durch freien Vertrag mit dem Volke die Verfassung des Staats in freisinnigem Geiste zu ordnen. Auch jetzt sind Höchstdieselben bereit, zu Aenderungen dieses Vertrags, wie die Erfahrung und veränderten Verhältnisse sie als geboten oder wünschenswerth gezeigt haben, die Hand zu bieten, und die einzige Richtschnur Seiner Königlichen Majestät wird hierbei das wahre wohlverstandene Wohl des Landes sein. Dieses wahre Wohl des Landes, meine hochzuverehrenden Herren, muß, wie verschieden auch die Ansichten über den richtigsten Weg sein mögen, der gemeinschaftliche Zielpunkt unserer gegenseitigen Bestrebungen sein, wenn das Ergebniß unserer Arbeiten ein erfreuliches, ein dem Lande segensvolles werden soll. Möge die Ueberzeugung hiervon stets unsere gemeinschaftlichen Berathungen durchdringen! Wenn vor dem Geist reiner Vaterlandsliebe jede andere Rücksicht zurücktritt, wenn weise Besonnenheit und Mäßigung, wenn erfahrene Beachtung der Lehren der Vergangenheit Ihre Beschlüsse lenkt, dann wird diese Versammlung, welcher eine so wichtige Aufgabe zu Theil geworden ist, einen würdigen Platz in der Geschichte des Landes einnehmen, dann wird Ihre Thätigkeit zum Heil des Königs und des Landes gedeihen. Mit diesem Wunsche, mit dieser Hoffnung erkläre ich den gegenwärtigen Landtag für eröffnet."

Nachdem sich dann die Minister entfernt hatten, bezeichnete Murschel den Abg. v. Zwerger als Alterspräsidenten der Versammlung, welcher aber wegen Unwohlseins um Enthebung von der Stelle bat. Für ihn trat der Abg. v. Geißlingen, Fr. Römer, ein und schlug vor, sogleich heute Nachmittag zu der ersten Sitzung zusammenzutreten, um den Präsidenten und Vice-Präsidenten zu wählen. Die Versammlung genehmigt dies, und es wurde als Stunde 4 Uhr festgesetzt.

Stuttgart. Der Beobachter enthält eine von 34 Abgeordneten der Linken unterzeichnete Erklärung vom 29. November, deren Schluß also lautet: „Nicht uns trifft der Vorwurf, nicht uns die staatliche und sittliche Verantwortung der verstümmelten Eidesleistung, sondern Jene, welche den gewählten Abgeordneten des Volkes durch eine von Letzteren vergeblich bekämpfte Handlung es möglich machen, bei dem Antritte ihres Berufes ihrem Verlangen gemäß den vollen gesetzlichen Eid zu leisten. Wir können den durch die Verordnung vom 12. d. M. verstümmelten Eid schwören, weil er einen Theil des gesetzlichen bildet; daß wir den vollständigen gesetzlichen Eid nicht leisten können, dies ist die Schuld Derer, welche uns daran hindern. Die Achtung vor Gesetz und Verfassung gilt uns Alles."

Karlsruhe, 1. Dezember. Der Prinz Wilhelm von Baden, dritter Sohn des Großherzogs, ist heute Vormittag um halb 11 Uhr von hier nach Potsdam abgereist, wo derselbe als aggregirter Premier-Lieutenant in das Königlich preußische 1. Garde-Regiment zu Fuß eintreten wird.

— Die Frage, welche seit einigen Wochen in den hiesigen Blättern sowohl, wie in denen, welche den Zuständen unsers Landes vorzugsweise ihre Aufmerksamkeit schenken, aufs Lebhafteste erörtert wurde, die Frage in Betreff der Kammern ist nun endlich dahin entschieden worden, daß die früheren Kammern einberufen und für die darin eingetretenen Vakanzen Neuwahlen anberaumt werden sollen. (D.R.)

Mainz, 28. November. Der des Mordversuchs gegen den Prinzen von Preußen angeklagte Adam Schneider von Niederingelheim hat gegen die Vertagung seiner Sache von Seiten des Assisen-Präsidenten den Cassations-Rekurs ergriffen. Derselbe ist aber in der gestrigen Sitzung des Cassationsgerichtshofes in Darmstadt verworfen und dies dem Angeklagten angezeigt worden; seine Sache wird also erst im April 1850 zur Verhandlung kommen. (Fr. J.)

Frankfurt, 30. November. Die für das Interim ernannten Kommissarien der beiden Großmächte werden, glaubhafter Versicherung zufolge, im Laufe der nächsten Tage hier eintreffen, und ihre Funktionen antreten. Eine Verzögerung ergab sich nur noch aus dem zufälligen Grunde, daß Fürst Schwarzenberg noch nicht auf alle einschlägigen Fragen in ausreichender Weise vorbereitet war und deshalb einer speziellen Auskunft von hier bedurfte, die, wie wir hören, bereits ertheilt sein soll. (D. Ref.)

Frankfurt, 1. Dezember. Der Leibarzt des Erzherzogs-Reichsverwesers, Dr. Taubert, hat seinen Patienten in der Stadt in diesen letzten Tagen angezeigt, daß er ihnen nur noch einen Besuch zu machen im Stande sein werde, weil die Abreise Sr. kaiserl. Hoheit bis gegen Ende künftiger Woche anberaumt sei. (D.R.)

Hamburg, 2. Dezember. Während man über das Betragen der Schweden in Nordschleswig allgemein klagen hört, spendet man dem bravcn Benehmen der Preußen in Südschleswig ein allgemeines Lob. Um aus den vielen Beweisen nur einen anzuführen, geben wir hier folgendes Inserat, welches sich im „Itzehoer Wochenblatt" befindet, von mehreren Bürgern aus Tondern unterzeichnet ist:

„Tondern, im November. Die Füsiliere der 11. und 12. Compagnie des Königl. preußischen 12. Infanterie-Regiments, welche in Tondern als Exekutionstruppen gelegen und jetzt nach Husum verlegt worden sind, haben durch ehrenhaftes Betragen sich in Tondern die allgemeine Achtung der Bürgerschaft in hohem Grade erworben, daß ein ehrendes Andenken an sie in den Herzen der Bürger niemals erlöschen wird, weshalb wir den aufrichtigen Wunsch aussprechen, daß ihnen aller Orten hier im Lande die gebührende Anerkennung und freundliche Aufnahme bewiesen werden möge."

Altona, 2. Dezember. Ein Haderslebener Correspondent des Merkur will wissen, daß die Aushebungen und Einberufungen zur dänischen Armee auf's Eifrigste betrieben werden. Mit nicht geringerem Eifer wird jedoch auch diesseits gerüstet. Namentlich wird, wie das Wochenblatt meldet, in dem Rendsburger Arsenale stark gearbeitet. Gestern Morgen sind 34 der exilirten Ungarn, zum großen Theile von der ehemaligen Komorner Besatzung, nach Glückstadt abgegangen, um sich mit dem an der dortigen Rhede vor Anker liegenden Dampfschiffe Martello nach England und von da Amerika zu begeben. Unter diesen Auswanderern befand sich auch der kürzlich in Hamburg eingetroffene Fürst Paul Esterhazy.

Dänemark.

Kopenhagen, 30. November. Daß die Friedens-Unterhandlungen nach Kopenhagen versetzt werden sollen, wird zwar in deutschen Zeitungen allgemein versichert, hat sich aber noch nicht bestätigt. Freilich befinden sich sowohl Hr. v. Pechlin als Hr. v. Reedtz für den Augenblick in der Hauptstadt, und Hr. von Usedom könnte ja den Weg nach Kopenhagen über Schleswig zurückgelegt haben; aber erstens wird es als ausgemacht betrachtet, daß unsere beiden Unterhändler nächstens wieder nach Berlin zurückkehren, und zweitens befindet sich außerdem in Berlin eine außerordentliche dänische Gesandtschaft, deren Chef der Regierungrath Hoepfner ist. Zwischen den beiden Unterhändlern und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, so wie dem Direktor des Ministeriums finden hier häufige Berathungen statt, und aus zuverlässiger Quelle will man wissen, daß der Baron Blome v. Falkenberg zu mehreren derselben zugezogen worden sei; von einer Antwort auf den Vorschlag der Statthalterschaft verlautet noch nichts. Daß unsere Regierung gleichzeitig Gesandte an die einzelnen deutschen Höfe gesandt, um von ihrer Seite später nicht auf Schwierigkeiten zu stoßen, mag ebenfalls als ein Beweis ihrer aufrichtigen Friedenswünsche betrachtet werden. So ist der Baron Ulysses v. Dirkinck-Holmfeldt beauftragt, solche Uebereinkünfte mit Hannover, Braunschweig, Hamburg, Lübeck und Bremen abzuschließen, und der Graf Moltke-Nütschau wird angeblich mit einer gleichen Mission an süddeutsche Höfe beauftragt werden. Von der Reise des Letzteren nach Wien (wohin die Ernennung eines ordentlichen Gesandten in naher Aussicht steht; der Baron Bertouch in London ist schon zum Secretair ernannt) wird eine Anekdote erzählt, die, wenn überall wahr, die beiden Betheiligten etwas verlegen hat machen müssen. In Berlin, so heißt es, sei der Graf in einen Wagen erster Klasse eingestiegen und habe einen Herrn, welcher in einen großen Mantel gehüllt die Ecke einnahm, höflich gegrüßt, ohne daß ihm dieser seinen Gruß erwiederte, noch während des ganzen Weges ein Wort sprach. Beim Heraussteigen aus dem Wagen habe endlich der Unbekannte den Kragen seines Mantels zurückgeschlagen und der Graf habe dann den Herzog von Augustenburg erkannt, welcher, wenn auch nicht

eben in demselben Auftrage, doch ebenfalls die Reise nach Wien unternahm. — Trotz aller Unterhandlungen bereitet man sich noch immer auf den Krieg vor; wie es heißt, soll die Armee in 8 Brigaden umgestaltet werden, und die so eben eingeschriebene Mannschaft soll davon beinahe anderthalb Brigaden bilden. Auch werden schon vor Neujahr auf Alsen und in Jütland bedeutende Streitkräfte zusammen gezogen werden, um auf jede Eventualität bereit sein zu können. Indessen ließe sich wohl nur mit den Herzogthümern allein ein Wiederausbruch des Krieges denken; denn da unsere Regierung für Holstein und Lauenburg der Convention vom 30. September beigetreten ist, auch der Kammerherr Bernhard v. Bülow zum Gesandten bei der Interims-Centralgewalt bestimmt worden ist, muß das Verhältniß zu Preußen ein entschieden freundschaftliches sein; daß wir an Oesterreich keinen Feind haben, bedarf keiner Auseinandersetzung und die meisten deutschen Staaten werden diesen beiden Großmächten folgen müssen. (H. C.)

— Da die beiden Dampfschiffe „Lübeck" und „Malmoe" in dieser Woche ihre Fahrten zwischen hier und Lübeck in diesem Jahre schließen, so macht das hiesige Post-Amt bekannt, daß das hiesige Dampfschiff „Schleswig" an jedem Dienstag von hier nach Wismar und von da an jedem Sonnabend auf hier abgehen wird, und das hiesige Dampfschiff „Skirner" an jedem Donnerstag von hier nach Lübeck und von da auf hier an jedem Montage abgehen werde, und dieses zwar so lange, als es die Witterung gestattet. Desgleichen wird auch das Dampfschiff „Obotrit" seine Fahrten zwischen hier und Wismar so lange als irgend möglich fortsetzen. (D. Ref.)

Oesterreich.

Wien, 28. November. Mit der Errichtung der Gensd'armerie im Kaiserstaate will es nicht recht vorwärts gehen, man scheint auf neue Hindernisse gestoßen zu sein. Vornehmlich scheint es an hinreichend tauglicher und intelligenter Mannschaft zu fehlen.

— Im vorigen Jahre wurde bekanntlich der dermalige Justizminister Dr. Bach gleich zu Beginn des Reichstags interpellirt, was es denn nach der März-Amnestie mit den 4—500 Italienern, welche in den Kerkern Munkacz's noch gefangen gehalten wurden, für eine Bewandtniß habe. Der Justizminister gab die Aufklärung, daß dies größtentheils gemeine Verbrecher der niedrigsten Art seien. Als sich jedoch das Verhältniß zwischen den beiden Regierungen zu Wien und zu Buda-Pesth stets schroffer gestaltet, setzte das magyarische Ministerium die Gefangenen alle ohne Untersuchung, ohne Unterschied in Freiheit. Natürlich traten sie größtentheils in die damals entstehende magyarische Armee. Gegenwärtig sind sie bereits wieder einem großen Theile nach zur Haft gebracht und werden wieder der früheren Strafbehandlung unterzogen.

— Der Lloyd sagt: „Die Deutsche Zeitung hat mehrere falsche Angaben in Betreff des Privatvermögens der regierenden Familie verbreitet. In dem bezüglichen Artikel wird dasselbe sogar auf 200 Millionen Gulden CM. angeschlagen. Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß es sich nur auf 8 Millionen Gulden beläuft deren Erträgniß mit zahlreichen Jahresabgaben und Pensionen behaftet ist."

Preßburg, 27. November. Die Brücke, deren Geländer zum Theil gestern abgenommen wurde, ward in der darauffolgenden Nacht durch den heftigen Orkan zerrissen. Sechs Schiffe davon wurden trotz der Anstrengung der Schiffleute bis an den Karlsburger Arm mitfortgerissen, dort aber fanden sie glücklicherweise Widerstand. Auf dem pfeilschnell mitfortgerissenen Brückenflügel befanden sich sechs bis acht Personen, denen, wie verlautet, kein weiterer Unfall passirt ist. Nur mit Mühe konnten die Müller ihre Mühlschiffe aus dem Wasser bringen, doch nicht ohne bedeutende Beschädigung. Der übrige Theil der Schiffbrücke wurde heute mit großer Anstrengung auseinander genommen. Die Donau selbst treibt bereits Eis in ansehnlichen Massen, das größtentheils aus der March kommt. — Das letzte Passagierschiff, das heute nach Pest abgehen sollte, ist in den Winterstall, in den sogenannten Spiegelhagner Arm bugsirt worden. (Lloyd.)

Italien.

Rom, 22. November. Aus Bologna erhielten wir heute einen vom dortigen Erzbischof Kardinal Oppizzoni erlassenen Hirtenbrief, der die lautesten Klagen über die protestantischen Reformationsversuche in einer Sprache vor's große Publikum bringt, der man in jeder Sylbe die größte Verlegenheit anfühlt. „Gab es je eine Zeit (beginnt er den Klerus anzureden), geliebteste Brüder, wo die Pflicht all unsere Wachsamkeit und euere pastorale Sorge für die euerer Pflege anvertraute Heerde erforderte, so ist es zweifelsohne die gegenwärtige, wo von allen Seiten reißende Wölfe gegen die Schäflein Christi heranstürmen, sie zu verschlingen. Nicht mehr heimlich und indirekt, wie sonst, sondern offen wird die katholische Kirche jetzt von den sogenannten Reformatoren des Jahrhunderts in unerhörter Weise mit Krieg überzogen, indem sie die alten Lügen unter neuem Namen und neuer Form ins Feld schicken. Todtbringende Schriften, höchst unsittliche Journale fliegen aus einem nahen Reiche (Sardinien) über alle Theile Italiens, der Kirche ihre vielgeliebten Kinder aus den Armen zu reißen, unserer Kirche, welche die Quelle der Wahrheit, der Sitz des Glaubens, der Tempel Gottes ist. Ja, geliebteste Brüder, (auch unter uns) ist eine sogenannte Storia della Riforma (Reformationsgeschichte) verbreitet worden, worin die Reformation mit unserer allerheiligsten Religion mit der boshaftesten Sophisterei zusammengestellt wird; auch hier ist ein Compendium der christlichen Lehre aus der Feder einer Priester-Assemblee in Westminster in sehr vieler Personen Hände gegeben, worin die Irrthümer der Protestanten mit erlogener Einfalt gelehrt und mit ränkevoller Feinheit durch die Autorität der heiligen Schrift gestützt werden. Wollte Gott, es wäre zu dem allen nicht noch ein neuer Skandal gekommen, den wir auch mit innerlichem Entsetzen kund thun — die Verbreitung des Buchs Jesu Christo davanti ad un consiglio di guerra (Jesus Christus vor einem Kriegsgericht)". Allein der Hirtenbrief des Kardinals Oppizoni wird den merkwürdigen Gang der religiösen Entwickelung in der Romagna schwerlich aufzuhalten vermögen. In Bologna, Ferrara, Imola, Ferli, Cesena, Urbino, Pesara, Macerata, Ancona und in dem Geburtsorte des Papstes selbst, in Senigiallia sind bereits über hundert und zwanzig Familien öffentlich von der herrschenden Kirche ausgeschieden. Eine andere Frage aber ist, ob sie sich in dieser religiösen Isolation gegen den Sturm, welchen die Priester von allen Seiten her gegen sie heraufbeschwören, lange werden halten können. Doch werden die Vorgänge in Mittelitalien auf dem Gebiete der Religion täglich höchst beachtenswerthere Zeichen der nach geistiger Emancipation auch hier ringenden Zeit. (V. Z.)

— Die Lage der römischen Finanzen ist noch immer dieselbe. Rußland soll sein Versprechen in Betreff eines Anlehens nicht halten können. Nach der Opinione ist auch aus der Anleihe mit Rothschild und Hope nichts geworden, da dieselben die geistlichen Güter als Unterpfand haben wollen. Galli soll sich immer in der größten Verlegenheit befinden; er beabsichtigt eine Zwangsanleihe zu machen.

Neapel, 30. November. Hier dauern die Arrestationen fort; jede Woche hört man, daß irgend ein Bekannter oder eine angesehene Person unter den Opfern der Verfolgung sei. Von so vielen Andern hört man natürlich gar nichts, denn die Sache ist nun so gewöhnlich, daß außer bei hohen Personen nur die nächsten Umgebungen des Gefangenen etwas davon erfahren. Letzte Woche wurde der reiche Calabrese Baron Baraco, der sich lange versteckt hatte, entdeckt und arretirt, gegen ein Lösegeld von 10,000 Ducati vorerst wieder freigelassen. Die hiesige Polizei nährt, wie bekannt, bei aller ihrer Strenge eine besondere Zärtlichkeit für klingende Münze.

— Letzte Woche kamen ca. 200 badische Flüchtlinge als Rekruten für die hiesigen Schweizer-Söldner-Regimenter, die sich mit Schweizern nicht mehr verstärken können und sehr zusammengeschmolzen sind, an. Haben jene unglücklichen Leute, die noch vor einigen Monaten begeistert für Freiheit und Republik kämpften, jemals geträumt, bald nachher Schergen der finstersten und despotischsten Regierung Europa's zu werden?! So ändern sich die Zeiten und mit ihnen die Leute. (Const. Z.)

Berliner Börse vom 4. Decbr.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	107	106¼		Pomm. Pfdbr.	3½	—	95¼	
St. Schuld-Sch.	3½	89⅜	—		Kur-&Nm.do.	3½	95¾	95¼	
Seeh. Präm-Sch.	—	101¾	—		Schles. do.	3½	—	94½	
K.-&Nm. Schldv.	3½	—	85¾		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	104½	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	93¾	—	
Westpr. Pfdbr.	3½	90¼	—		——				
Grosh. Posen do.	4	—	99¾		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	3½	—	90½		And. Gldm. a 5 tlr.	—	12⅔	12⅙	
Ostpr. Pfandbr.	3½	—	94¾		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	96	95	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	—	80	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	—	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	89	—		Hamb. Feuer-Cas	3½	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	111	110		Holl. 2½ o/o Int.	2½	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	80¼	—		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	34¾	—	
do. do. Cert. L. A.	5	93¼	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	17		N. Bad. do. 35 Fl.	—	18½	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	96¼						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss	Reinertr. 48	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	4	88 B.	Berl-Anhalt	4	94 B.
do. Hamburg	4	—	81 bz.	do. Hamburg	4½	98½ bz.
do. Stettin-Stargard	4	—	108 B	do. Potsd.-Magd.	4	92 B
do. Potsd.-Magdebg.	4	—	67½a67¼ bz.	do. do.	5	101¾ G.
Magd.-Halberstadt	4	7	—	do. Stettiner.	5	105½ bz.uG.
do. Leipziger	4	10	—	Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	2	66¼ bz.uB.	Halle-Thüringer	4½	97¾ bz.
Cöln-Minden	3½	—	95 bz.	Cöln-Minden	4½	100¼ G.
do. Aachen	4	5	47 B.	Rhein. v. Staat gar.	3½	—
Bonn-Cöln	5	—	—	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	5	—	—	do. Stamm-Prior.	4	78½ B.
Steele-Vohwinkel	4	—	—	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl. Märkisch.	3½	—	84½a⅝ bz.	Niederschl.-Märkisch.	4	93¾ bz.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do.	5	103½a¾ bz.
Oberschles. Litr. A.	3½	6⅛	109 G.	do. III. Serie	5	102¼ G.
do. Litr. B.	3½	6⅛	106 G.	do. Zweigbahn	4½	—
Cosel-Oderberg	4	—	—	do. do.	5	—
Breslau-Freiburg	4	—	—	Oberschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	—	70a69½ bz.	Cosel-Oderberg	5	—
Bergisch-Märkische	4	—	45 B.	Steele-Vohwinkel	5	—
Stargard-Posen	3½	—	84½ bz.	Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Risa	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Kiel-Altona	4	—
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Amsterdam - Rotterdam	4	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—	Mecklenburger	4	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	49½ a 48¼ bz.			

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schultz & Comp.

Dezbr.	Tag	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	4	337,96'''	337,45'''	337,29'''
Thermometer nach Réaumur.	4	— 4,5°	— 3,5°	— 6,0°

Beilage.

Beilage zu No. 284 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Mittwoch, den 5. Dezember 1849.

Deutschland.

Berlin, 3. Dezember. Mit dem Zuge um 12 Uhr fuhr Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen, um 2 Uhr fuhren Ihre königl. Hoheiten der Prinz Carl und die Prinzessin Charlotte, Minister-Präsident Graf v. Brandenburg und mehrere hohe Stabsoffiziere nach Potsdam zur Tafel.

— Der Magdeburger Güterzug kam gestern statt Abends um 9 Uhr erst um 1 Uhr Nachts hier an, da an der Maschine die Koppelstange gebrochen war.

— Die Tochter des Bürgermeisters Krüger zu Beeskow, Marie, hatte an dem Tage, wo General v. Wrangel dort mit dem freudigsten Jubel empfangen wurde und alle :Herzen durch seine hohe Milde und Freundlichkeit gewann, einige Worte der Begrüßung an den wackeren Hel- den gerichtet und demselben im Namen der Jungfrauen Beeskow's einen Lorbeerkranz überreicht. Sie ist dafür vom Vater Wrangel auf das Freundlichste durch Uebersendung seines wohlgetroffenen Bildnisses über- rascht worden, unter welches derselbe eigenhändig einige wohwollende Worte des Dankes geschrieben hat. (N. P. Z.)

Potsdam, 1. Dezember. Die auf den 16. Dezember bestimmt gewesene Eröffnung der neuen Nikolai-Stadtkirche ist dem Vernehmen nach noch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben, da Se. Majestät nach öftern Besuchen der Kirche bestimmt habe, daß noch an der Kanzel und am Altar Verschönerungen angebracht werden sollen, welche mit der innern reichen Ausschmückung derselben besser harmoniren würden. (Voss. Z.)

Danzig, 1. Dezember. Die Kriegs-Korvette Amazone ist vorgestern in unserm Hafen angelangt. (Danz. Dpfb.)

Tilsit. Am 24. November Abends wurde die Botenpost von Tilsit nach Ragnit in der Gegend von Paskalwen der Briefschaften gewaltsam beraubt. Am andern Tage fand man die Briefe wieder, nachdem unbefugte Hände vergebens nach Geld-Inhalt gesucht hatten.

Dresden, 30. November. Heute Abend 8 Uhr ist der Prozeß wider den Literaten Richter, genannt Rosen, wegen Preßvergehen beendigt worden. Nachdem die Geschwornen auf mehrere ihnen vorgelegte Fragen das Schuldig ausgesprochen, wurde die Strafe des Angeklagten auf Grund Art. 195 des Kriminal-Gesetzbuchs auf 3 Wochen Gefängniß festgestellt. (D. Ref.)

Leipzig, 30. November. Ein hiesiger Victualienhändler hat mittelst Platten Schwarzburg-Sondershausen'sche Kassenbillets verfertigt und solche in Gemeinschaft mit einem hiesigen Markthelfer am 27sten d. Mts. in Markranstädt verausgabt. Sie wurden alsbald verhaftet, da man die Fälschung entdeckte. (Voss. Z.)

Leipzig, 1. Dezember. Gestern wurde den wegen Sturmläutens in den Maitagen in Untersuchung befindlichen Personen das Urtel des hiesigen Appellationsgerichts publicirt; es lautete gegen den Einen auf vier Jahre, gegen die Uebrigen auf drei Jahre Zuchthaus. Ein Kriegsreservist, der ebenfalls an einem jener unruhigenden Abende im Mai mit blanker Waffe auf die im Schlosse Pleißenburg wachhaltende Abtheilung der Communalgarde einen Angriff machte, ist durch ein Kriegsgericht zum Tode verurtheilt worden. (D. A. Z.)

— 2. Dezember. Die Dresdner Zeitung berichtet unterm 30. Nov. „aus glaubwürdiger Quelle," daß Herr Schaffrath am 1sten Dezember nach Sachsen zurückkehren und sich dem Amte Hohnstein stellen werde.

Schwerin, 29. November. Von Sr. Maj. dem Könige von Preußen ist in diesen Tagen ein Protest gegen das am 10. v. M. publizirte, mit der Abgeordnetenkammer vereinbarte Staatsgrundgesetz für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin bei Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge eingegangen. Derselbe gründet sich nicht nur auf den Eventual-Successions-Vertrag von 1442 und die Erneuerungen desselben von 1752 und 1787, sondern nimmt auch vorzugsweise Bezug auf die Proteste des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, der mecklenburgischen Agnaten und der mecklenburgischen Ritterschaft, und auf den in deren Folge im Großherzogthnm Mecklenburg-Schwerin notorisch obwaltenden Zustand der Rechtsunsicherheit. Der Protest ist datirt vom 22. d. M. und von dem Minister von Schleinitz kontrasignirt. (D.R.)

Darmstadt, 27. November. (Freie Gemeinde.) Das Darmstädter Journal schildert den Kattmann'schen „Gottesdienst" etwa folgendermaßen: Der Saal war von Theilnehmern gedrängt voll; dieselben gehörten zum bei Weitem größten Theil den handarbeitenden Klassen an; nächstdem war Darmstadts fröhliche Straßenjugend am zahlreichsten vertreten. Armer alter Luther! deine „veste Burg" mußte sich diesmal so gut wie einst bei den Ronge'schen Vorgängen mißbrauchen lassen. Darauf folgte eine, zwar nicht geistlich arme, aber an Geist ärmliche Predigt in jener Manier, welche den Beifall zu erschleichen sucht, indem sie vorbringt was den Ohren der Zuhörer schmeichelt, eine Predigt im Geiste unsers modernen Volkspfaffenthums, vom „armen zertretenen Volke und vom pharisäischen Hochmuth und Eigennutz der Mächtigen, Reichen und Gebildeten." Darauf wurden die Grundsätze einer freien Gemeinde kurz entwickelt. Ihre Freiheit duldet keinerlei Unterordnung unter kirchliche Behörden noch ein geordnetes Amt; jedes Mitglied mag predigen, sogar taufen, so oft es ihm Vergnügen macht. Vom Sacrament des Altars war nicht die Rede. Keinerlei Bekenntniß wird gefordert, Nichts, woran die Gemeinde ein positives Bindemittel und Erkennungszeichen hätte. Juden werden ohne Taufe aufgenommen. „Wir wollen Menschen sein, Nichts als Menschen!" rief Herr Kattmann. Schließlich wurde zur Einziehung in die Listen der freien Gemeinde aufgefordert. Hr. Kattmann predigte im grauen Flausrock und erklärte sich mehrmals sehr stark gegen Ornat, Kanzel, Altar und was dieser Aeußerlichkeiten mehr ist. — (!) — (N. P. Z.)

Darmstadt, 29. November. Heute Vormittag ist den 67 der Eisenbahnzerstörung Angeklagten der gestrige Spruch der Geschwornen in öffentlicher Sitzung publizirt worden, und zwar zuerst den 19 für nicht schuldig Erklärten, welche sofort freigesprochen und augenblicklich entlassen wurden. Zwei von denselben jedoch wurden in Haft behalten, als noch in die Theilnahme an der blutigen Oberlandenbacher Volksversammlung verwickelt. Der Assisenhof wird den 1. Dezember sein Urtheil publiziren. — Heute sind zum erstenmal bayrische Truppen in entgegengesetzter Richtung als die bisherigen hierher durchgekommen. Sie marschirten aus Altbayern nach der Rheinpfalz.

Landau, 23. November. Seit einigen Tagen werden größere Abtheilungen aus der Schweiz gewiesener Freischaaren hier eingebracht und in den Kasematten verwahrt. (B. a. d. B.)

Ludwigshafen, 30. November. Itzstein hat sich nun doch auf die Flucht begeben, vor ein Paar Tagen kam er auf ziemlich geheimnißvolle Weise von Alzei in Grünstadt an, und zwar in Begleitung zweier Damen. Als er früh am andern Morgen in derselben Begleitung Grünstadt verlassen hatte, kehrte Abends die eine Dame, die in Alzei wohnhaft ist, nach Grünstadt zurück, und jetzt machte sie im Gasthause kein Hehl mehr daraus, welchen Gast es beherbergt hatte. Auch erzählte sie, Itzstein habe sich nicht mehr in Hallgarten für sicher gehalten und sei daher nach Frankreich gegangen. Ich vermuthe, er geht nach Straßburg, wo sich wieder mehrere namhafte Flüchtlinge ansammeln. (Const. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. November. Vorgestern standen vor den hiesigen Assisen mehrere Mitgleder der Gesellschaft „Amis de l'égalité." Was das für eine saubere Gleichheit ist, welche jene Freunde anstreben, mag hier folgendes Aktenstück zeigen, das man unter ihren Papieren gefunden hat. Daselbst sind nämlich verschiedene Kategorien von Individuen aufgeführt, welche sämmtlich zum Erschießen bestimmt sind, sobald nämlich die amis de l'égalité an's Ruder kommen. Es sollen also erschossen werden: alle diejenigen, welche im Juni 48 gegen die Arbeiter kämpften. Alle Gefangenwärter, welche im Februar die Republik entweder gar nicht oder nur zwangsweise anerkannt haben. Alle Richter, welche in Bourges Verdammungs-Urtheile gefällt haben. Alle Mitglieder der Militaircommissionen vom Juni. Alle Polizeiagenten. Alle Verräther an der Republik von 1848. (Also auch ihr eigenes Leben schonen sie nicht!) Jede Stadt, in der man eine Verschwörung entdeckt, von der die Einwohner Kenntniß gehabt haben, wird geschleift und die Verschwörer werden erschossen. Das ist doch radikal, man muß den Herren jede Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das Original jenes Dokuments ist übrigens in dem hübschesten marchand-de-vin-jargon geschrieben, den man nur immer wünschen kann, um sich zu belustigen, und es dürfte interessant sein, zu erfahren, ob unter dem Regiment der amis de l'égalité auch alle diejenigen, welche richtig schreiben, und die Gleichheit der Unwissenheit stören, erschossen werden sollen.

— Gestern war wieder große Soiree mit Concert beim Präsidenten. Es fiel auf, daß die Herren Molé und Montalembert fehlten; noch mehr aber fiel es auf, daß Herr Billault zugegen war, freilich zum erstenmale. Es mußte ihm seltsam zu Muthe sein in den Salons des Erwählten vom 10. Dezember, den er so heftig bekämpft hat. Seine Gegenwart machte auf Alle, ihn selbst nicht ausgenommen, einen peinlichen Eindruck. Denn er mußte bemerken, wie sich um ihn eine große Leere gestaltete. Man sprach übrigens in der Soiree viel von den bevorstehenden diplomatischen Veränderungen.

— Auf der Insel Haiti hatte man wenig Vertrauen in die Stabilität des neuen Kaiserreichs. Die Schwarzen hatten allerdings für den Augenblick noch die Oberhand, ihre Gegner warteten aber nur auf eine günstige Gelegenheit zum Angriff, und allgemein sah man einer neuen Revolution entgegen. Faustin I. hatte seine kaiserlichen Befugnisse so weit ausgedehnt, daß er mehrere Personen, welche Unterthanen der benachbarten Republik von St. Domingo waren, mit dem Herzogstitel beschenkte.

Großbritannien.

London, 29. November. Ueber Malta ist Nachricht eingetroffen, daß die englische Flotte bei dem Einlaufen in die Dardanellen beträchtliche Havarie erlitten hat. Die beschädigten Schiffe sind: „Vengeance" von 84, „Prince Regent" von 84, „Howe" von 120 Kanonen und die Dampffregatte „Dragon". Admiral Sir W. Parker stattete dem Pascha der Dardanellen einen Besuch ab. Sir William, der eine große Abneigung gegen den Taback hat und am Bord seines Schiffes das Rauchen nicht duldet, that drei Züge aus der Pfeife des Pascha, ließ aber dann durch den Konsul demselben sagen, wenn er einen vierten Zug thäte, würde er todt niederfallen. In einigen Tagen — der Brief ist vom 6. November datirt — wollte der Admiral sich nach Konstantinopel begeben, und bei seiner Rückkehr segelt die englische Flotte nach der Bucht von Salamis. Die Offiziere erhielten von Konstantinopel aus Erlaubniß, die Dardanellenschlösser zu besuchen, und machten reichlich davon Gebrauch. Die Riesenkanonen sind noch immer vorhanden, stehen aber nicht mehr fest, sondern lassen sich auf Rollen fortbewegen. Die steinernen Kugeln wiegen 900 Pfund, und zur Ladung sind 68 Pfd. Pulver erforderlich. Ein paar junge Seekadetten krochen ohne Beschwerde in die Mündung der Kanouen bis in die Kammer. Die Schlösser sind nach der Landseite ohne Vertheidigung. — Der Standard berichtet, der Viceadmiral Parker habe so eben den Befehl erhalten, mit der Flotte die Dardanellen zu verlassen und mit ihr nach Malta zu segeln.

— Der römische Korrespondent der Times schreibt unterm 14. November, daß man allgemein glaube, der Papst werde zwischen dem 26sten oder 28sten d. Mts. bereits seinen Einzug in Rom halten. Wer der Nachfolger des Kardinals Antonelli sein wird, sei ungewiß. Der Papst schwankt zwischen den Kardinälen Lambruschini und della Genga. Kardinal Lambruchini, ein Vertheidiger des altkonservativen Prinzips, solle jetzt bei veränderter Weltlage die Ueberzeugung hegen, daß eine gewisse Form von Volksrepräsentation auch für den Kirchenstaat Noth thue, und daß keine Politik der Reaktion mehr frommen könne.

London, 30. November. Das „Chronikel" sagt betreffs eines Krieges Oesterreichs mit Preußen: „Einige Tage nach der Kriegserklärung würde Franken und Rheinbaiern von preußischen Heeren überzogen und allem Anscheine nach auf immer dem preußischen Staate einverleibt werden. Es ist schwer zu sagen, welchen Einfluß dieser Krieg auf die inneren Verhältnisse Deutschlands ausüben würde; aber mit Hinsicht auf Oester-

reich kann der Ausgang nicht zweifelhaft sein. Falls es den Kampf überleben sollte, würde es gegen die Donau hin gestoßen werden und selbst den Einfluß verlieren, welchen es gegenwärtig auf die deutsche Politik ausübt. Triumphiren könnte es nur unter der Bedingung einer noch größeren Abhängigkeit von Rußland. Die Politik des Czaren besteht aber nicht darin, sich in einen Krieg mit Preußen einzulassen. Die uneigennützigsten Freunde der deutschen Nation und alle britischen Staatsmänner müssen wünschen, daß Deutschland von den Alpen bis zur Ostsee, von der Weichsel bis zum Rhein so glücklich, ruhig und einig wie möglich sei; daß es die Organisation annehme und bewahre, welche seinen socialen Zuständen und seiner geographischen Lage am angemessensten ist; daß der Einfluß Preußens eben so groß wie allgemein sei, und daß das Donauthal in den Händen einer Macht bleibe, die sich durch Politik und Neigungen an das Westreich anlehnt."

Griechenland.

Athen, 18. November. Die strenge Note der russischen Regierung an das griechische Kabinet, keinem polnischen Flüchtling fernerhin ein Asyl zu gewähren, beginnt bereits theilweise Wirkung zu äußern. Wenige Tage, nachdem Herr Kalergi, Attaché der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel, dieselbe dem Ministerium in Athen vorgelegt hatte, erließ dasselbe auch schon ein Rundschreiben an die Grenz- und Hafenbeamte, in welchem diesen eingeschärft wird, nur jenen Flüchtlingen Eingang in das Königreich zu gestatten, deren Pässe mit dem Visum eines griechischen Gesandten oder Consuls versehen wären. — In Patras sieht man der Ankunft zweier österreichischen Kriegsfahrzeuge entgegen, welche in den dortigen Gewässern kreuzen sollen, um die österreichischen Kauffahrer vor den stets häufiger werdenden Seeräubereien erfolgreich zu schützen. — Die letzten Stürme haben außer den Verlusten zur See auch großen Schaden auf dem Lande angerichtet, der auf den Cykladen allein auf eine Million Drachmen geschätzt wird.

Amerika.

Die Sklavenfrage ist ohne Zuthun des Kongresses entschieden worden, indem der kalifornische konstituirende Convent sich gegen die Zulassung der Sklaverei ausgesprochen hat. Jedoch ist durch einen Beschluß dieser Versammlung auch freien Negern der Zutritt in Kalifornien untersagt. Die Berathungen finden in Monterey statt. Als zukünftiger Sitz der Regierung ist Pueblo San José ausersehen worden. Stimmberechtigt ist jeder freie Weiße, welcher Bürger der Vereinigten Staaten ist und sich sechs Monate in Kalifornien aufgehalten hat. Auch hatte man sich damit beschäftigt, das Gebiet des Staates zu begränzen. Dasselbe soll auch Ober-Kalifornien einschließen, doch wird man sich bemühen, nicht über die Sierra Nevada hinauszugehen. Man hat die einzelnen Distrikte in folgender Weise vertheilt: 1) San Diego, Los Angelos, Santa Barbara und San Louis Obispo. 2) Monterey und San Francisco. 3) San José und Sonama. 4) Sacramento und San Joaquin. — Die gesetzgebende Versammlung sollte im Dezember zusammentreten, um die Senatoren für den Kongreß zu erwählen und zur vollständigen Bildung der Staatsregierung zu schreiten.

Zwischen der Regierung der Sandwich-Inseln und dem französischen Konsul, Hrn. Dillon, ist es zu Zwistigkeiten gekommen; hauptsächlich, weil dieser die Herabsetzung der Zölle auf Branntwein verlangt hatte. Die Regierung von Owaihi weigerte sich, auf die bestehenden Verträge gestützt, diese und ähnliche Forderungen zu bewilligen. In Folge davon landeten französische Truppen und besetzten das Fort; da sie keinen Widerstand antrafen, so vernagelten sie die Geschütze und warfen sie von den Wällen herab, zerstörten die Munition und sonstigen Vorräthe, und bemächtigten sich aller Owaihi'schen Schiffe im Hafen. Nach drei Tagen ungestörten Besitzes verließen die Franzosen das Fort wieder und begaben sich an Bord ihrer Schiffe, welche kurz darauf den Hafen verließen und Hrn. Dillon nebst seiner Familie mit sich nahmen, da dieser über Newyork nach Frankreich zurückkehren wollte. Der britische General-Konsul und der amerikanische Konsul hatten gegen die Anwendung der französischen Truppen protestirt, und der erstere hatte seine Vermittelung angeboten, die jedoch nicht angenommen worden war. Es scheint, daß Hr. Dillon seine Vollmachten überschritten hat.

Miscellen.

Ein seltenes Beispiel aufopfernder Liebe gab ein junges schönes Mädchen aus Wien, Hermine Pschik, welche ihrem Geliebten, einem Corporal vom Grenadier-Bataillon, Möller, nach Ungarn ins Feld folgte und dem Soldaten unermüdlich und ohne Furcht, selbst in die heißesten Gefechte Lebensmittel und Erquickungen zutrug. In der Schlacht bei Pered waren drei schwer verwundete Kanoniere und Kürassiere liegen geblieben; Hermine Pschik trug diese Männer auf ihrem Rücken auf den Verbandplatz. Das heldenmüthige, schöne Kind machte sonach sieben Mal den weiten Weg durch den gefährlichsten Kugelregen. Hermine Pschik wurde im Armeebefehle belobt und erhielt ein Geschenk von 50 Fl. C.-M.

Subhastationen.

Nothwendiger Verkauf.

Von dem Königlichen Kreisgerichte zu Stettin soll das in Stettin sub No. 362 in der breiten Straße belegene, dem Schlächtermeister Heinrich August Kopp zugehörige, auf 27,240 Thlr. abgeschätzte Wohnhaus, nebst der dazu gehörigen Wiese, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe,

am 5ten Februar 1850, Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle hieselbst subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Von dem Königlichen Kreis-Gerichte zu Stettin soll das sub No. 804 in der Pelzerstraße daselbst belegene, dem Bürger Wilhelm Tillmann und dessen Ehefrau zugehörige, auf 7625 Thlr. abgeschätzte Wohnhaus, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe,

am 5ten März 1850, Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle hierselbst subhastirt werden.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Buckskin - Handschuhe, feine woll. Jacken (sogenannte Hemden), wie auch **Chemisetts, Kragen** und **Manchetten** für Herren empfehle ich billigst.

A. Bauch,

Fabrikant aus Sachsen, Breitestraße No. 353, neben **Hôtel du Nord.**

Eine große Parthie Geldbörsen,

sowie Puppenstrümpfe und Puppengarderoben empfehle ich den Herren Wiederverkäufern.

A. Bauch.

Weisse Stickereien,

als: **Chemisetts, Kragen, Taschentücher, Schleyer** u. dergl. in bester Auswahl empfehle ich zu den billigsten Preisen.

A. Bauch.

Verpachtungen.

Pommerensdorfer Anlage No. 7 b. ist eine neue Windmühle mit einem Cylinder zu verpachten, so wie zwei Pferde und zwei Wagen zu verkaufen.

Ulherr.

Vermiethungen.

Pelzerstraße No. 805 ist die dritte Etage zum 1sten Januar zu vermiethen.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Eine geprüfte Lehrerin, welche bereits ihre Fähigkeit fürs Schulfach nachgewiesen hat, wünscht vom 1sten Januar 1850 ab über ihre Vormittagsstunden, am liebsten durch Unterricht in einem Zirkel junger Mädchen im Alter von 10—15 Jahren, zu verfügen. Gegenstände eines gründlichen Unterrichtes würden die franz. und englische Sprache, Geschichte, Geographie und sonstige Schulwissenschaften bilden. Wird wegen Kränklichkeit der Kinder oder anderer Verhältnisse der Unterricht im Hause gewünscht, so soll diesem Verlangen bereitwillig entsprochen werden; auch sind Kinder im Alter von 6—10 Jahren keineswegs vom Privatunterrichte oder von Nachhülfe ausgeschlossen.

Die geehrten Eltern, welche die Absicht haben, gegen ein mäßiges Honorar von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen, wollen ihre Adressen in der Exped. d. Bl. unter sub **G.** niederlegen.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Preußische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin.

Wir wiederholen hierdurch die Empfehlung unserer Gesellschaft zu Feuer-Assurancen, versichern, daß wir durch unsern Fond und die billigsten, keiner soliden Societät nachstehenden Prämien jede Gewähr leisten, und machen zugleich bekannt, daß in der Provinz Pommern und der Nachbarschaft bis jetzt die Agenturen unsers Geschäfts

in	Anklam	dem Herrn	C. W. von Stade,
=	Arnswalde	= =	Lehrer A. F. Schulz,
=	Belgard	= =	Kämmerer W. Schwanz,
=	Barth	= =	C. M. Faecks,
=	Bärwalde	= =	J. F. Chr. Kaske,
=	Bublitz	= =	Actuar A. W. Dumröse,
=	Cammin	= =	W. John,
=	Cöslin	= =	Wilhelm Segeler,
=	Colberg	= =	C. Dammast,
=	Cörlin,	= =	G. Pommerrenig,
=	Demmin	= =	Aug. Brunner,
=	Dramburg	= =	Lehrer A. Kanitz,
in	Garz a. O.	dem Herrn	Wm. Wundermann,
=	Greifswald	= =	Wm. Pütter,
=	Greifenberg i. P.	= =	Vermessungs-Revisor J. G. Viereck,
=	Grimmen	= =	C. F. Radant,
=	Gollnow	= =	Lehrer G. Müller,
=	Greifenhagen	= =	Rendant Benecke,
=	Lauenburg	= =	Herm. Leder,
=	Loitz	= =	J. C. Schmidt,
=	Labes	= =	J. G. Leitzow,
=	Neustettin	= =	Stadtsekretair J. Wilke,
=	Prenzlau	= =	S. R. Krautheim,
=	Pasewalk	= =	Kirchen-Administrator Güntzel,
=	Pyritz	= =	C. J. Schreiber,
=	Plathe	= =	Kämmerer Beich,
=	Poltzin	= =	Buchhdlr. Ed. Ludwig,
=	Rügenwalde	= =	A. B. Riensberg,
=	Schwedt a. O.	= =	Heinrich & Schultz,
=	Schlawe	= =	Kämmerer Heberlein,
=	Schievelbein	= =	Domainen-Rentmeister Schmidt,
=	Stargard	= =	Marcus Abel,
=	Stolp	= =	Comm.-Rath Grunau,
=	Stralsund	= =	Theodor Wegener,
=	Swinemünde	= =	Metzler & Winther,
=	Treptow a. d. R.	= =	Gebrüder Henning,
=	Treptow a. d. T.	= =	Stadtsekretair Warncke,
=	Tempelburg	= =	Kämmerer Grützmacher,
=	Ueckermünde	= =	C. H. Overbeck,
=	Woldenberg	= =	H. Roloff,
=	Wolgast	= =	Carl Roestel,

übertragen wurden, bei welchen, so wie in unserm Büreau, gr. Oderstraße No. 8, Antrags-Formulare und jede Auskunft zu erhalten sind.

Stettin, im Dezember 1849.

Die Direktion
der Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft.
Lemonius. Noehmer.

Telegraphische Depeschen der National-Zeitung.

Wie wir stets nach Kräften bemüht waren, das Interesse unserer geehrten Abonnenten in jeder Beziehung wahrzunehmen, so haben wir auch jetzt geglaubt, im Interesse unserer Leser das neue Kommunikations-Mittel der Telegraphie nicht unbeachtet lassen zu dürfen. Wir sind durch ausgedehnte Verträge in den Stand gesetzt, einstweilen täglich telegraphische Depeschen aus Paris, London, Amsterdam und Frankfurt geben zu können. Dieselben werden nicht nur das kaufmännische Interesse nach allen Richtungen hin berücksichtigen, sondern auch die wichtigsten politischen Thatsachen auf das Schnellste zur Kenntniß des Publikums bringen. Außer von den genannten Städten, aus denen wir tägliche telegraphische Berichte bringen, und die bereits in den nächsten Tagen durch Hamburg und Stettin ihre Erweiterung erhalten werden, gehen uns von jetzt an überhaupt wichtige Mittheilungen, wo dies thunlich, durch den Telegraphen zu.

Wir eröffnen zu gleicher Zeit von heute bis Ende Dezember d. J. ein neues Abonnement zum Preise von 1 Thlr. Pr. Courant. Auswärtige belieben uns franco diesen Betrag zu übersender, Hiesige wollen sich deshalb schriftlich oder persönlich an die Unterzeichnete wenden.

Berlin den 30. November 1849.

Expedition der National-Zeitung.